

Bonn, Berlin, 26.05.2006

Föderalismusreform gefährdet Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. fordert Korrekturen

Angesichts der gemeinsamen Anhörung von Rechtsausschuss des Bundestages und Innenausschuss des Bundesrates zur Föderalismusreform – Thema Bildung – am Montag, 29.05.2006, warnt der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) vor den Gefahren einer weiteren Auseinanderentwicklung im Bildungsbereich.

Nationale und internationale Bildungsstudien (z.B. PISA) haben gravierende Defizite im deutschen Bildungssystem aufgedeckt, die nur in gesamtstaatlicher Verantwortung von Bund und Ländern gemeinsam beseitigt werden können.

Gleichzeitig belegen sie, dass die Bildungs- und Lebenschancen zwischen den einzelnen Regionen Deutschlands vollkommen uneinheitlich verteilt sind: Die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, rangiert – je nach Region - zwischen 4% und 19%. Laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der über 15jährigen in Deutschland, die keinen Schulabschluss besitzen, von 1,33 Mio. im Jahr 2001 auf 1,89 Mio. im Jahr 2003 gestiegen.

Der vorgesehene nahezu vollständige Rückzug des Bundes aus der Verantwortung für die Bildung muss deshalb dringend korrigiert werden. Ansonsten steht zu befürchten, dass die Chancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Teilhabe an Beruf und Gesellschaft in finanzschwachen Bundesländern und Regionen weiter verschlechtert und die Lebensperspektiven künftig mehr denn je vom Wohnort abhängen werden.

Deutschland braucht eine nationale **Weiterbildungsoffensive**, die zu mehr Chancengerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit führt und deren zentraler Bestandteil ein Programm zur Alphabetisierung, Verbesserung der Grundbildung und zum Nachholen von Schulabschlüssen ist, für das der Deutsche Volkshochschul-Verband bereits 2003 unter der Überschrift „Innovint“ (Innovation durch Integration) ein Konzept vorgelegt hat.

Die Weiterbildungsoffensive erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden. Deshalb muss das geplante Kooperationsverbot von Bund und Ländern in Bildungsfragen fallen. Dem Bund muss es auch künftig möglich sein, wichtige Programme und Projekte im Weiterbildungsbereich gemeinsam mit den Ländern zu fördern. Bereits seit Juli 2004 liegen der Politik hierzu geeignete Vorschläge der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Expertenkommission „Finanzierung Lebenslanges Lernen“ vor, deren Umsetzung die Rahmenbedingungen für das Lebenslange Lernen in ganz Deutschland verbessern würden.

Ohne die Länderkompetenzen im Bildungsbereich in Frage stellen zu wollen, muss von Bund und Ländern erwartet werden können, dass sie sich auf eine abgestimmte nationale Weiterbildungsstrategie und Weiterbildungsplanung verständigen. Hierzu bedarf es auch künftig eines Koordinierungsgremiums wie der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung- und Forschungsförderung, die nicht aufgelöst, sondern zu einer wirksamen Institution gesamtstaatlicher Bildungsplanung weiterentwickelt werden sollte.